

**Annoucen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wittag Nr. 16.)
bei E. H. Meier & Co.
Breitstraße 14.
in Gnesen bei H. Spindler,
in Glogau bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Fabian.

**Annoucen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei E. H. Meier & Co.,
Hankelstein & Vogler,
Kudolph Meier.
In Berlin, Dresden, Glogau
beim „Invalidentank.“

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 251.

Das Abonnement auf diese Zeitung täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonnabend, 8. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr
nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 7. April. Der König hat dem Korrespondenz-Sekretär,
Geh. Hofrath Borch, den R. Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife;
dem Generalarzt z. D., ehemaligen hannoverschen General-Stabsarzt
Dr. Stromeyer zu Hannover, den k. Kr.-Orden 2. Klasse mit dem
Stern; dem Gymnasial-Direktor Dr. Reisdorfer zu Breslau und dem
Superintendenten und Pfarrer Annede zu Königs den königl. Kronen-
Orden 3. Kl. verliehen.

Die in der Staats-Eisenbahnverwaltung beschäftigten früheren
Ger.-Assessoren Karl von Rabenau in Saarbrücken und Karl Deh-
nert in Eberfeld sind zu Reg.-Assessoren ernannt, der bisher. Bau-
meister Eduard Lorenz zu Carlsbach als königl. Eisenbahn-Bauinstr.
im Bereiche der königl. Direktion der Westfal. Eisenbahn zu Münster
angestellt, der Lehrer Julius Sagorski zum Gewerbeschullehrer er-
nannt und an der Gewerbeschule zu Halberstadt angestellt worden.

Der Erste Präsident des Appell.-Ger. zu Posen, Wirkl. Geh.
Ober-Justiz-Rath Graf von Schweinitz ist gestorben, der bish.
kais. Friedensrichter Barre in Straßburg i. E. ist unter Beilegung
des Titels „Landger.-Ass.“ zum etatsmäßigen Mitgliede des Landger.
in Düsseldorf ernannt, versetzt sind: der Kreisger.-Rath Krug in
Wreschen an das Kreisger. in Breslau, der Kreisrichter Hanne-
mann in Mittenwalde an das Kreisger. in Waldenburg, der Kreis-
richter Namshel in Falkenberg an das Kreisger. in Oppeln, der
Kreisrichter Beiste in Teschenburg an das Kreisger. in Arnberg und
der Kreisrichter Weingärtner in Wonnitz an das Kreis-
ger. in Essen; zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Kreise-
ger. in Bochum, der Ger.-Ass. Dr. Hopp bei dem Kreis-
ger. in Duisburg, der Ger.-Ass. Loeb bei dem Kreisger. in Duis-
burg, mit der Funktion bei der Gerichts-Deputation in Broid,
der Gerichts-Assessor Werderhagen bei dem Kreis-Gericht in
Wesel, mit der Funktion als Gerichts-Kommissar in Dins-
laken, der Ger.-Ass. Dr. Haenisch bei dem Kreisger. in Stargard,
mit der Funktion bei der Ger.-Deput. in Pyritz, der Ger.-Ass. Kaul-
haber und der Ger.-Ass. Thiele bei dem Kreisger. in Beuthen O.-S.
Der Ger.-Ass. Niemeyer ist zum Amtsrichter bei dem Amtger. in
Gümling zu Sögel ernannt. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist
ertheilt: dem Kreisger.-Rath v. Trapp in Dillenburg und dem Ober-
amtsrichter Haus in Osnabrück, mit Pension, dem Kreisrichter Dr.
Wiesebahn in M. Friedland und dem Friedensrichter Mainone in
Hillesheim.

Generalstabsdienst.

Laut amtlicher Verkündigung beginnen demnächst die alljährlichen
Anspruchsberechtigten des Generalstabes bei fast allen Armecorps. Bei
dieser Gelegenheit dürfte es an der Zeit sein, ein Bild von den An-
forderungen zu geben, welche speziell an die deutschen Generalstäbe
gestellt werden. Wir folgen darin den Angaben des Oberst Bronsart
von Schellendorf, Chef des Generalstabes des Gardecorps, welcher
über das allgemeine Dienstverhältnis des Generalstabes sagt: „Der
an der Spitze eines größeren Truppenverbandes stehende General darf
sich — am wenigsten im Kriege — nicht in Details, deren Erwägung
und sachgemäße Anordnung demnach von großem Einflusse ist, ver-
lieren. Abgesehen davon, daß die geistige und physische Arbeitskraft
eines Mannes hierzu nicht ausreichen kann, würde ihm die umfassende
Uebersicht über die dem General unterstellten Streitkräfte verloren
gehen. Er bedarf daher der Gehilfen; diese bilden seinen Stab.“ —
der in verschiedenen Armeen verschiedene zahlreiche Zweige und Funk-
tionen umfaßt. Ueberall aber hat sich das Bedürfnis herausgestellt,
für die Bearbeitung der eigentlichen Operationen einen Theil des
Stabes, gewöhnlich auch mit besonderer Bezeichnung auszuheben.
Diese Thätigkeit ist in dem deutschen Heere dem „Generalstabe“ spe-
ziell vorbehalten. „Seine Bedeutung wächst mit der numerischen Er-
weiterung und der in mannigfaltiger Verwendbarkeit gesteigerten in-
neren Entwicklung der Heere.“ — Und in diesen Beziehungen treten
natürlich in der Festigkeit ganz andere Anforderungen an den General-
stab heran als ehemals, wo die Heere gering an Zahl und ihre Bewe-
gung, Lagerung und Gefechtsform fast reglementarisch schematisirt
waren; heute zu Tage machen die Stärke der Armeen sowohl, wie ihre
die vielfachsten Variationen erfordernde und zulaufende Gliederung
selbst bei anscheinend ähnlichen Kriegslagen und Entschlüssen doch
eine große Verschiedenheit in den Details der Ausführung notwendig.
Aber auch noch auf einem anderen mit der Verwendung der Truppen
im Gefechte mehr zusammenhängenden Gebiete liegt das Bedürfnis
der Unterstützung vor, nämlich auf dem Gebiete der Reconnaissance;
sowohl des Terrains, feindlicher Truppenaufstellungen und Bewegun-
gen, als auch der Gefechtslage auf einem dem Auge des Befehlshabers
entzogenen Punkte. Die eigentliche Truppenführung dagegen gehört
nicht zu den Dienstfunktionen des Generalstabes.

Anlangend die Thätigkeit des Generalstabes im Kriege, werden
folgende Punkte aufgeführt: 1. Bearbeitung aller auf Unterkunft,
Sicherheit, Marsch und Gefecht der Truppen nötigen Anordnungen,
je nach der momentanen Kriegslage. 2. Mittheilung der erforder-
lichen Befehle, mündlich oder schriftlich, zur richtigen Zeit und in der
notwendigen Ausdehnung. 3. Einziehung, Sammlung und sachge-
mäßige Verarbeitung aller Materialien, welche die Beschaffenheit und
militärische Verwerthung des Kriegsschauplatzes betreffen. Beschaffung
des Kartenmaterials. 4. Einziehung und Würdigung der über die
feindliche Armee eingehenden Nachrichten, Meldung hierüber an die
vorgesetzten Armeebefehden. 5. Erhaltung des schlagfertigen Zustan-
des der eigenen Truppen und stete Kenntniss über den Zustand der-
selben in allen Beziehungen. 6. Führung der Tagebücher, Redaktion
der Gefechtsberichte, Zusammenstellung sonstiger für die spätere
Kriegsgeschichte wichtigen Materials. 7. Besondere Aufträge, nament-
lich Reconnaissance. Der Friedensdienst des Generalstabes muß
ihn auf den Krieg vorbereiten. Es folgt eine Skizze der demnach
sowohl den bei den Truppenkommandos eingetheilten, wie den Offizieren
des „Großen Generalstabes“ obliegenden Thätigkeiten und Aufgaben.
Ersteren fällt namentlich die Bearbeitung der Mobilmachung, der
Märsche und Dislokationen, der Truppenübungen, der Eisenbahn-
und Telegraphenangelegenheiten zu; dem Großen Generalstabe liegt
unter der oberen Leitung des Chefs des Generalstabes der Armee die
Vorbereitung der großen kriegerischen Operationen durch Kenntniss
und vergleichende Abwägung der europäischen Heeresorganisationen
und Studium der Kriegsschauplätze, ferner die Herstellung der Karten,
die Förderung der Militärwissenschaften, namentlich der Kriegsges-
chichte, endlich die Ausbildung der jüngeren Offiziere ob.

Die innere Entwicklung des preussischen Generalstabes ist in
neuerer Zeit nicht Gegenstand organischer Bestimmungen gewesen.
Die Sorge für seine Ausbildung hat man ihm selber überlassen, im
wohlbegründeten Vertrauen auf den bereits erreichten Bildungsstand
und auf das überall in der Armee verbreitete Streben nach weiterer

Perföhlung. Der Umstand ferner, daß der Generalstab ein ge-
sichertes Avancement bietet und der Mehrzahl nach nur Offiziere,
welche mit Nutzen die Kriegsakademie besucht haben, in den General-
stab berufen werden, gewährt eine weitere Garantie für Erhaltung
und Förderung des wissenschaftlichen Elementes. Eine praktische
Schule für den Dienst des Generalstabes im Felde bilden neben den
Männern die alljährlich bei der Mehrzahl der Armecorps statt-
habenden Generalstabs-Übungsreisen, an welchen nicht nur die mei-
sten Generalstabs-Offiziere, sondern auch ein großer Theil von Offi-
zieren aus der Front der Truppen theilnehmen. Letzteres ist not-
wendig, um die Kenntniss des Generalstabsdienstes in der Armee
weiter zu verbreiten, da im Fall der Kriegsformation nicht nur behufs
Deckung des Etats eine Ergänzung durch Offiziere aus der Front
eintreten muß, sondern auch der sehr knapp bemessene Kriegsetat dazu
nötigt, den Dienst der Generalstabs-Offiziere durch die Adjutantur
mit versehen zu lassen.

Vom Landtage.

39. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin 7. April, 1 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg,
Achenbach, Ministerialdirektor Greiff, Geh. Rath Kehler u. A.
Ohne Debatte beschließt das Haus nach dem Antrage des Abg.
Schmidt (Stettin), den Gesandten wegen Auflösung des
Lehnsverbandes in der Provinz Westfalen in dritter
Lesung an hlos anzunehmen, und geht hierauf zur Beratung des Be-
richts der Budgetkommission betreffend die Aufstellung eines
Plans für den Bau der großen Staatsanstalten für
Wissenschaft und Kunst in Berlin über.

Der Antrag der Kommission geht dahin: „die königliche Staats-
regierung aufzufordern, unter Berücksichtigung der Ansprüche des
deutschen Reiches und mit Heranziehung disponibler Militärgrund-
stücke einen geordneten Plan für den Bau der großen Staatsanstalten
für Wissenschaft und Kunst in Berlin aufzustellen zu lassen und dem
Landtage, wenn möglich, noch im Laufe dieser Session vorzulegen.“

Referent Abg. Birchow: Der Gegenstand, den der Antrag ins
Auge faßt, ist kein neuer. Schon in der Session des Jahres 1873-74
hat das Abgeordnetenhaus den von seiner Budgetkommission gestellten
Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, um dem dringen-
den Bedürfnis zur Errichtung neuer Staatsbauten zu entsprechen,
dem Hause eine Uebersicht der in Berlin vorhandenen fiskalischen
Grundstücke und Bauplätze vorzulegen, damit nach einem einheitlichen
Plan eine zweckmäßige Bebauung derselben gesichert werde. Die
Regierung hat den ersten Theil dieses Antrages insofern entsprochen,
als sie in einer der Bibliothek des Hauses einverleibten Spezial-
karte alle in Berlin vorhandenen fiskalischen Grundstücke, geordnet
nach den einzelnen Ministerien, denen sie angehören, übersichtlich be-
zeichnet hat. In Bezug auf den zweiten Theil des Antrages aber er-
klärte die Regierung, daß es für sie zur Zeit völlig unausführbar sei,
einen derartigen Gesamtplan der Bebauung aufzustellen. Wir drin-
gend notwendig aber die Ausarbeitung eines solchen Gesamtplanes
ist, hat sich unabweisend wieder gezeigt bei der Etatsberatung in Be-
treff des projektirten Baues einer Gewerbeschule und des Polytech-
niums. Mit diesen Bauten hängt der Bau des Gewerbemuseums
unmittelbar zusammen, und dieser steht wieder in Konnex mit denjeni-
gen Bauplätzen, die vom deutschen Reichstage wiederholt als die gün-
stigen zur Errichtung des Reichstagsgebäudes bezeichnet worden sind.
Der Reichstag hat, wie in der Kommission hervorgehoben wurde,
seine Inanspruchnahme dieser Plätze noch jetzt keineswegs aufgegeben,
und es erhebt der Kommission durchaus wünschenswerth, daß der
preussische Landtag, um jeder Empfindlichkeit Seitens des Reichstages
vorzubeugen, der Regierung gegenüber ausdrücklich diese höheren An-
sprüche des Reichstages anerkenne. Wir halten es für einen wenig
ruhmvollen Zustand, wenn nach jahrelangen, immer vergeblichen Ar-
beiten die Frage über die Auswahl eines Platzes für das Reichstags-
gebäude noch immer schwebend erhalten bleibt. (Sehr wahr!) Was die
in unserem Antrag befürwortete Heranziehung disponibler Militär-
grundstücke betrifft, so ist das Kriegsministerium bekanntlich in der
glücklichen Lage, in Bezug auf den Besitz disponibler Bauplätze in
Berlin das reichste Ministerium zu sein. Es macht mit diesen Grund-
stücken ausgezeichnete Geschäfte, indem es dieselben an Privatpersonen
bald im Großen, bald im Einzelnen verkauft. Wir haben es immer
sehr bedauert, daß zwischen dem Kriegsministerium und den übrigen
Refforts in dieser Beziehung keine nähere Fühlung besteht, so daß nicht
selten Grundstücke, die sehr brauchbar für die Zwecke der übrigen
Refforts hätten sein können, verloren gehen, weil der Kriegs-
minister es vorzieht, um damit spekulative Geschäfte für sein
Reffort zu machen, sie unter den Hammer zu bringen. Zwei Staats-
gebäude barren besonders dringend ihrer Erledigung; das ist der Bau
für die königliche Bibliothek und für die Akademie der Wissenschaften.
In der Session 1874-75 hat uns eine Art von provisorischen Planes
vorgelegen, der dahin ging, hierfür das Grundstück der gegenwärtigen
Akademie der Künste mit Hinzunahme der Garde du Corps-Kaserne
zu benutzen. Seitdem aber ist mehr wie ein Jahr vergangen und es
scheint jetzt wieder alle Hoffnung geschwunden zu sein, daß der Kriegs-
minister einen geeigneten Platz finden werde, um die Kaserne zu ver-
legen. Ebenso wie dieser Bauplan wieder in Frage gestellt ist, geht es
auch mit anderen. Wir hatten schon vor 4 Jahren ein fiskalisches
Grundstück für den Bau des Universitäts-Herbars in Aussicht ge-
nommen. Das Herbarium befand sich damals und noch bis in die
neueste Zeit in einer Lage, daß es auch einem hartberigen Menschen
hätte erbarmen können. Es war ganz unmöglich, neue Sendungen
aufzubewahren und Dr. Schweinfurt mußte es erleben, daß er mit
den mit Gefahr seines Lebens erworbenen botanischen Schätzen hier
in Berlin in Kellerräume verwiesen wurde, wo er nicht einmal im
Stande war, seine Sachen auspacken, geschweige denn zu bearbeiten.
Es ist das einer der schlimmsten Fälle, die die herrschenden Zustände
charakterisiren und unserem Staate nicht eben zur Ehre gereichen.
Seitdem ist Jahr und Tag vergangen und die Sache ist nicht weiter
gekommen. Man hat das Herbarium nun in den Räumen des botan-
ischen Gartens untergebracht, in weitestfer Entfernung von der Universität,
was für das Studium keineswegs fördernd sein kann. Vor Allem
hat sich die Regierung die Disposition über vorhandene Staatsgrund-
stücke selbst erschwert, indem sie eine Konkurrenz der Baubehörde mit
immer größerer Ausdehnung derselben etablirt, und so sieht man sich
jetzt gezwungen, für neue öffentliche Bauten die ohnehin so spärlichen
freien Plätze und Anlagen Berlins noch mehr zu beschneiden. So
hören wir z. B., daß der Invalidenpark fallen soll, weil das betref-
fende Grundstück für das Polytechnikum in Aussicht genommen ist,
ebenso soll der kleine noch ruhende Platz in Moabit für das geodä-
tische Institut in Anspruch genommen werden. Wo diese Beschnei-
dung der freien Plätze ein Ende haben soll, ist nicht abzusehen. Die
Angelegenheit wird nicht eher zu einem befriedigendem Abschlusse ge-

langen, als bis sie aus dem Stadium der bloßen Verhandlung zwi-
schen je zwei Ressortministern herauskommt. Gegenwärtig liegt die
Sache so, daß jeder einzelne Ressortminister sich seine Aufgabe stellt
und sich umsieht, ob er für die Bedürfnisse seines Ressorts die nöthi-
gen Grundstücke in seinem Besitze hat. Besteht er sie nicht, so wendet
er sich an einen anderen Minister, der ihm einen Bauplatz abtritt.
Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand. Diese Sache muß durchaus
Angelegenheit des gesammten Staatsministeriums sein, welches unter
Ausschließung aller unberechtigten Einzelforderungen einen Plan aus-
arbeiten sollte, dem sich die einzelnen Ressorts zu Füßen hätten. Der
gegenwärtige unergiebige Zustand lastet wie ein Alp auf der ganzen
Entwicklung unserer Anstalten für Kunst und Wissenschaft. (Sehr
wahr!) Alle diese Anstalten werden nur halb vorwärts gebracht; es
fehlt zur Ergänzung und Entwicklung derselben überall an Platz und
an Geld. Ich bitte daher das Haus dringend, unsern Antrag anzu-
nehmen. Die Regierung wird ja wohl in den Landtagsferien hin-
reichende Zeit haben (Heiterkeit), den Plan in ausgiebiger Weise zu
fördern. (Beifall.)

Abg. Lucius (Erfurt): Ich danke dem Vorredner, daß er bereits
die Nothwendigkeit einer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Rei-
ches in entsprechender Weise anerkennt und mir dadurch einen Theil
meiner Ausführungen erspart hat. In erster Linie kommt hier der
Bau eines Parlamentsgebäudes in Betracht, über dessen Platz zur Zeit
bestimmlich noch in einer Kommission des Reichstages verhandelt wird.
So viel mir bekannt, befindet sich diese Angelegenheit noch in demsel-
ben Stadium wie beim Schlusse des Reichstages, das aber ist bereits
zur Evidenz festgestellt worden, daß ein für den genannten Zweck
geeignetes Terrain sich in den Händen einer Privatperson nicht
findet, und daß deshalb die in Berlin vorhandenen fiskalischen
Grundstücke ins Auge gefaßt werden müssen. Ich halte es deshalb für
geboten, daß über die dabei etwa in Betracht kommenden Plätze nicht
preussischerseits einseitig disponirt werde, denn das Reich hat jeden-
falls den Anspruch darauf, in der Stadt, die zur Reichshauptstadt
geworden, in erster Linie berücksichtigt zu werden. Eine Unbilligkeit
liegt in dieser Forderung um so weniger, als das Reichstagsgebäude
jedenfalls ein großer Schmuck für die Stadt werden wird. Ueberdies
befinden sich, wie der Vorredner bereits hervorgehoben hat, alle Pro-
jekte für öffentliche Bauten noch so sehr im Stadium der Umriffe,
daß durch die Ausarbeitung eines generellen Planes, wie ihn der
vorliegende Antrag verlangt, eine Verödung der Ausführung einzel-
ner Institute nicht zu befürchten ist. Schon bei der Budgetberatung
sind verschiedene frühere Projekte wieder beanstanden worden, so der
Bau auf dem Platz der Werderschen Mühlen, der Bau der Ge-
werbeschule und des Gewerbemuseums. Im Etat ist ferner eine
Summe für die Ausarbeitung eines Planes zur Bebauung der Mu-
seumsinsel ausgeworfen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich
hierbei die Möglichkeit herausstellt, auch das Bedürfnis eines Bau-
platzes für die königliche Bibliothek zu befriedigen. Jedenfalls sollte
im Interesse des Reiches über die verschiedenen Bauplätze nicht eher
disponirt werden, als bis die Vorräthe des Reichstagsgebäudes erlei-
digt ist. Sollten sich die gegenwärtigen Verhandlungen zerbrechen,
was immerhin möglich ist, so wird jedenfalls der Platz hinter der
Porzellanmanufaktur und der Platz der jetzigen Kunstakademie in
erster Linie in Frage kommen. Um übrigens jeder Mißdeutung vor-
zubeugen, betone ich ausdrücklich, daß ich alle diese Ausführungen
weder im Auftrage noch auch nur mit Wissen der Parlamentsbau-
kommission gemacht, sondern lediglich meinen persönlichen Ansichten
als Mitglied dieses Hauses Ausdruck gegeben habe.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Greiff: Die Regierung kann
es nicht zugeben, daß mit der Annahme des Antrages der Kommission
etwas Wesentliches erreicht werden wird, im Gegentheil sieht sie in
demselben eine große Gefahr. Der Antrag liegt nun bereits in ähn-
licher Fassung zum vierten Male vor, und zwar wurde er zum ersten
Male vom Abg. Karsten im Jahre 1873 gestellt. Die Regierung hat
damals die Forderung des Antrages nach zwei Seiten hin zu erfüllen
gesucht: 1. indem sie ein Verzeichniß der fiskalischen Grundstücke auf-
stellte, und 2. indem sie auf eine Erörterung der fiskalischen Baube-
dürfnisse für Berlin einging. Sie hat dabei zugleich in der Weise
vorgegangen, wie es dieser Antrag verlangt, hat aber die Aus-
führung als völlig unmöglich anerkannt, weil schon so viele einzelne
Plätze vorlagen, daß man nothwendiger Weise eine Störung derselben
befürchten mußte. Es liegen also nicht bloß theoretische Bedenken gegen
den Antrag vor, sondern vor allem spricht die Erfahrung gegen denselben;
das nothwendige Material dazu liegt freilich vollständig vor und steht
zur Verfügung. Ich habe nun noch zu zeigen, daß die Verhandlungen
in Bezug auf die einzelnen Pläne durchaus nicht so fruchtlos gewesen
sind, wie sie der Abg. Birchow geschildert hat, wenigstens nicht für
das Kultusministerium. Wenn ich zunächst auf die Institute der
Wissenschaft eingehe, so ist für die Universität seit 1872 folgendes er-
reicht worden: das physiologische Laboratorium ist an der Ecke der
Neuen Wilhelm- und Dorotheenstrasse untergebracht; das pathologische
Institut auf dem Grundstück der Charité ist erweitert; das natur-
wissenschaftliche Museum wird auf dem Grundstück der alten Eisen-
gießerei erbaut, die Sonnenwarte und das meteorologische Institut
auf dem Telegraphenberg bei Potsdam, das astronomische Institut
in der Stechbahn, die chirurgische Klinik auf dem Grundstück in
der Ziegelstraße wird erweitert, das Herbarium und das bota-
nische Museum werden im botanischen Garten untergebracht
werden, und ein zweites chemisches Laboratorium soll auf dem Rest-
grundstück an der Ecke der Neuen Wilhelm- und Dorotheenstrasse er-
richtet werden. Damit sind die Bedürfnisse der Universität befriedigt,
und man hat hierbei stets den Gedanken im Auge gehabt, alle einzel-
nen Institute — so weit es den Verhältnissen nach möglich war — in
räumliche Verbindung zu bringen. Was die übrigen wissenschaftlichen
Institute anbetrifft, so wird die königliche Bibliothek auf dem Grund-
stück an der Ecke der Linden und der Universitätsstrasse errichtet wer-
den und ich kann hierbei durchaus nicht die Bedenken des Abgeordne-
ten Birchow in Bezug auf die Verlegung der Garde-du-Corps-Ka-
serne theilen; die Akademie wird hinter der Bibliothek eine geeignete
Stelle finden, und das geodätische Institut wird nach dem sogenannten
„kleinen Thiergarten“ verlegt werden. Ich gehe nun zu den Staats-
anstalten für die Kunst über. Die Verlegung der königlichen Biblio-
thek nach dem vorhin bezeichneten Platz war unter der Voraussetzung
in's Auge gefaßt, daß auch die Akademie der Künste eine örtliche Ver-
änderung erfahre. Man hatte schon früher den Gedanken gehabt, daß
es am geeignetsten sein würde, dieselbe wegen der örtlichen Vereinig-
ung mit dem Museum auf die sogenannte Museumsinsel zu verlegen.
Bisher hatten sich große Schwierigkeiten entgegengestellt, doch hat man
jetzt ein Projekt ausgearbeitet, welches ein befriedigendes Resultat her-
beiführen wird und durch welches für alle Kunst-Institute die örtliche
Vereinigung gesichert erscheint. Es bleibt nun noch das ethnographi-
sche Institut zu erwähnen, welches in der Mödernstraße seine Stelle
finden wird. Ich glaube hiermit den Nachweis geliefert zu haben,
daß für alle Institute ein geeigneter Platz gefunden ist, und daß es

aufs Höchste zu beklagen sein würde, wenn der projektierte Bau aller dieser Institute durch die Annahme des vorliegenden Antrages gefährdet würde. In diesem Antrage ist die Forderung aufgestellt, daß die Regierung thätlich mit Berücksichtigung des deutschen Reiches vorzugehen solle; aber die preussische Regierung kann beim besten Willen hierauf nicht eingehen, denn sie hat absolut kein Recht und keine Kompetenz in dieser Richtung dem Reich gegenüber. Ebenso geht es ihr mit den Militärgrundstücken; seit dem Jahre 1873 hat sie keine Verfügung hierüber. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, den Antrag, der mit einigen Modifikationen schon zum vierten Male vorliegt, abzulehnen.

Abg. Graf Bethouff: Wenn auch Abweichungen von dem aufzustellenden Plane nicht gänzlich künftighin zu vermeiden sein werden, so halte ich dennoch die Aufstellung eines solchen Planes für eben so nothwendig, wie die eines Feldzugsplanes vor Beginn der Kampagne. Der Plan, den uns der Regierungskommissar vorgelegt hat, leidet an der Schwäche, daß er sich auf ein Ressort beschränkt. Aber selbst wenn das Staatsministerium denselben zusammenstellen hätte, so machen doch die Einwendungen, welche vom Regierungsrathe dem Referenten entgegengestellt worden sind, auf mich den Eindruck von etwas starkem preussischem Beamtenpartikularismus, in welchem der Einfluß des preussischen Staates über- und auch unterschätzt wird. Preußen aber hat das Recht, die Entschlüsse des Reichs zu beeinflussen und die Pflicht, dieselben als dienendes Glied des Reichs zu berücksichtigen. Ich bin daher entschieden für die Annahme des Antrages der Budgetkommission. Zum Worte hatte ich mich eigentlich wegen einer verhältnismäßig unbedeutenderen Angelegenheit gemeldet. Berlin entbehrt mehr als andere große Städte des Kontinents, besonders aber mehr als London, einer genügenden Ausschmückung seiner freien Plätze durch Baumanlagen, welche die Lungen der Städte nützen möchte. Unter der uns zugegangenen Zusammenstellung der disponiblen Bauplätze befindet sich nun auch der sog. kleine Thiergarten bei Moabit, auf welchem das Kriminalgericht und das geodätische Institut errichtet werden sollen. Es bleibt aber von dem ganzen 103 Magdeburger Morgen großen Plage immerhin ein sehr beträchtliches Areal übrig, für welches der berliner Magistrat im Einverständnisse mit den Stadtverordneten 25,000 Thlr. aufwenden will, um es in einen Park zu verwandeln. Dennoch hat der Finanzminister das Terrain nur auf Widerruf dazu hergeben wollen, worauf sich die städtischen Behörden natürlich nicht einlassen können. Es müßte dann auch die Errichtung des Monuments unterbleiben, welches wohlhabende Bürger Moabits auf diesem Plage den Gefallenen von 1870 und 1871 setzen wollen. Ich erlaube mir daher an die Staatsregierung die Anfrage zu richten, ob die von mir angeführten Thatsachen in Wahrheit begründet sind und knüpfe daran die Bitte, den von den beiden Bauten nicht in Anspruch genommenen Theil des jetzt wüsten Platzes der Stadt Berlin unter der Bedingung zu überlassen, daßselbst eine größere Baumanlage herzustellen.

Abg. Pehfeldt: Wenn ich auch zugebe, daß wir den besten Platz für das Reichstagshaus zur Disposition halten müssen, so glaube ich doch nicht, daß wir deshalb nun ganz und gar auf die Entscheidung des Reichstages warten dürfen, wenn wir nicht die Interessen der Kunst und Wissenschaft geradezu gefährden wollen. Wir dürfen nicht vergessen, daß von hier aus jetzt das nationale Leben pulst, daß jeder Fehler, der hier begangen wird, sich weit über die Grenzen der Stadt hinaus rächt. Das Hauptübel an dem mir laboriren, ist, daß den Jüngern der Wissenschaft die Stätten derselben so schwer zugänglich sind. Wenn sich auch die Frequenz der hiesigen Universität wieder gehoben hat, so läßt sich doch daselbst nicht von der Zufriedenheit der Studierenden sagen. Während Musik und Malerei nimmend in einen nahen räumlichen Zusammenhang kommen sollen, der sich sachlich wenigstens nicht rechtfertigen läßt, muß ein junger Naturforscher seine Studien theils in der Eigengieberei, theils im botanischen Garten bei Schöneberg vornehmen. Solche Entfernungen zurückzulegen, sind in einer Stadt, in der der Pferdebahnbau systematisch auf jede Weise erschwert wird, für einen jungen, unermittelten Mann in der That keine Kleinigkeit. — Was den Antrag der Kommission selbst anlangt, so möchte ich darauf, daß die Vorlegung des Plans möglichst noch in dieser Session erfolgen soll, bei der Wichtigkeit der Sache kein allzu großes Gewicht legen.

Ministerial-Direktor Greiff: Ich habe dem Grafen Bethouff nur zu erwidern, daß ich lebhaft erklärt habe, die Regierung sei nicht im Stande, alle Ansprüche des Reichs angemessen zu vertreten. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Das Wort erhält

Referent Abg. Birchow: Ich leugne nicht, daß von der Regierung große Anstrengungen gemacht worden sind im Interesse der Ausfübrung des Baues der wissenschaftlichen Institute, obwohl gewiß noch mehr hätte geleistet werden können. So ist für das chemische und das pathologische Laboratorium, beides dringend nöthige Institute, für welche beim Bau des physikalischen und chirurgischen Laboratoriums an der Ecke der Dorotheen- und Neuen Wilhelmstraße noch genügend Platz war, bisher noch nichts geschehen. Es ist überhaupt zu bedauern, daß nach dem Bau der neuen klinischen Anstalten eine immer mehr zunehmende Zersplitterung der zur Universität gehörigen Anstalten eingetreten ist. Die Folge davon wird sein, daß an Stelle der universitas literaria eine Reihe koordinirter Fachschulen tritt. Auch weist die Regierung beharrlich die Universität Anstalten zu, welche eigentlich mit derselben nichts zu thun haben, wie das astronomische Laboratorium bei Potsdam. Für die Verwaltung des Kultusministeriums ist die Aufstellung eines solchen generellen Planes um so nöthiger, als auch für die dem Handelsministerium unterstehenden Anstalten die Aufstellung eines solchen Planes in Aussicht genommen wird. Denn ich halte im Gegensatz zu dem Regierungskommissar den Bauplatz für die naturhistorischen Sammlungen so lange nicht für gesichert, als nicht feststeht, daß dort nicht das Polytechnikum gebaut werden soll. Die Regierung wechselt ja auch häufig mit ihren Bauplänen, so hat sie jetzt für das ethnologische Museum einen Bauplatz in der Möckernstraße, während vor vier Jahren das Lagerhaus in der Klosterstraße dazu ausersehen war. Zwar ist das Nichtzustandekommen dieses Planes nicht allzu sehr zu bedauern, denn es ist ein öffentliches Geheimniß, daß, als die Staatsarchive in die für sie bestimmten neu eingerichteten Räume des Lagerhauses überführt werden sollten, es sich herausstellte, daß der Schwamm in demselben herrschte. Da derartige Räume ein für Archive äußerst ungeeigneter Ort sind, so weigerte sich auch das königliche Hausarchiv, seine Dokumente dieser botanischen Invasion Preis zu geben. Ein ähnliches Bedenken hätte ich dagegen, die Bibliothek, mit ihren kostbaren Büchern und Manuscripten, wie man ja geplant hat, auf einer Terrasse der Museumsinsel zu bauen, in deren unterer Etage ein Bahnhof sich befinden wird, dessen Nähe entschieden feuergefährlich ist. Ich weisse nicht, daß es möglich sein wird, die Hauptpunkte des Planes festzustellen und so mittelbar auf die preussischen Ministerien bei der Wahl eines Bauplatzes für das Reichstagsgebäude zu interessieren, denn nur ein solches Zusammenwirken von preussischen und Reichsbehörden kann gebühlich sein. Die Annahme des Kommissionsantrages kann ich umsomehr empfehlen, als ja nicht die kategorische Form, sondern die mildere Form mit dem Worte: „möge“ gewählt ist. Einen Beschluß zu fassen ist aber nöthig, um der Falschheit der verschiedenen Ressorts ein Ende zu machen.

Der Antrag der Budgetkommission wird hierauf angenommen. Es folgen Berichte der Petitionskommission. Auf Antrag der Kommission, in deren Antrag Abg. Worzevski referirt, geht das Haus über eine Petition des Bauern Gottfried Groß zu Alt-Ballenberg zur Tagesordnung über und überweist die Petition des Magistrats zu Straßburg der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung in dem Sinne, daß dem Magistrat zu Straßburg die genaue Nachweisung des von den Truppen in Straßburg während der Monate September 1870 bis einschließlich Januar 1871 konsumirten Fleisches geliefert und, jenseit der Betrag des hierfür gezahlten Kommunalzuschlages zur Schlachtksteuer ein geringerer sein sollte, als die liquidirte Summe von 1038 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf., diese Differenz der Stadtkasse zurückzuerstatten werde.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Montag, 24. April, 12 Uhr. (Gesetz über Ablösungen der Moorcolonien in der Provinz Hannover

und der Servituten in Schleswig-Holstein, über die Veränderung einiger Kreise in den östlichen Provinzen.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Amtssprache hat am 5. d. M. noch eine Sitzung und zwar des Abends abgehalten. Gegenstand der Tagesordnung waren, wie man dem „Dziennik“ schreibt, die zahlreichen polnischen Petitionen um Verwerfung des Gesetzentwurfs über die Amtssprache. Diese Petitionen enthalten, wie sich der Abg. Veisert äußerte, nichts Anderes als das, was die polnischen Abgeordneten bei der Generaldiskussion im Landtage und in der Kommission vorgebracht haben. Da der Gesetzentwurf von der Kommission bereits angenommen ist, so beantragt der Referent Herr Veisert, die Petitionen als erledigt zu betrachten. Unter den Petitionen befanden sich gegen 113 die nur in polnischer Sprache abgefaßt waren. Da diese Petitionen denselben Inhalt haben, wie die in deutscher und polnischer Sprache abgefaßten, so beantragt Herr Veisert, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen und nicht die Prinzipienfrage zu entscheiden, ob es gestattet sei, Petitionen einzusenden, die nur in polnischer Sprache abgefaßt sind. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Debatte, indem die poln. Abgeordn. auszuführen suchten, daß der Gesetzentwurf, wenn er auch von der Kommission angenommen, noch nicht Gesetz sei und selbst wenn ihn der Landtag genehmigte, noch immer die Zustimmung des Herrenhauses erforderlich sei, damit er zu Recht bestände. Deshalb dürfe man über die Petitionen nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern solle dieselben der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. Bei der Abstimmung wurde indessen der erste Antrag des Abg. Veisert mit 11 gegen die 4 Stimmen der Polen angenommen. — Eine noch lebhaftere Debatte entspann sich über den zweiten Antrag des Abg. Veisert, über die nur in polnischer Sprache abgefaßten Petitionen ebenfalls zur Tagesordnung überzugehen und die Frage nicht zu entscheiden, ob Petitionen in polnischer Sprache überhaupt Berücksichtigung finden dürfen. Das Resultat dieser Debatten war, daß der Antrag angenommen wurde, da Niemand die Polen unterstützte. Der Korrespondent des „Dziennik“ erinnert mit Schmerz daran, daß vor ungefähr 10 Jahren ebenfalls eine nur in polnischer Sprache abgefaßte Petition des Prospekt Tomicki aus Konojad beim Landtage eingegangen sei und daß bei den Verhandlungen, ob dieselbe berücksichtigt werden müsse, der Abg. Waldeck dafür eingetreten sei. Heute aber könne man umsonst nach Leuten suchen wie Waldeck.

Ein Nachtrag zum Dynamit-Komplot.

betitelt sich die folgende aus Newyork, 22. März datirte Korrespondenz der „Voss. Ztg.“:

Noch sind die Akten dieses Schauerdramas nicht geschlossen. Immer tauchen noch neue Entdeckungen auf, nicht bezüglich der nie in Vergessenheit zu begrubenden Katastrophe selbst, aber wohl über jenen Dämon in menschlicher Gestalt, der seine Antecedenten klugerweise in solch tiefes Dunkel zu hüllen gewußt. Daß derselbe mit Alexander S. Keith jr., eines Bräuers Sohn aus Halifax Nova Scotia, identisch, scheint jetzt ganz sicher festzustehen. Wurde durch den inzwischen erschienenen zweiten amtlichen Bericht aus Bremerhaven erwiesen.) Und daß jene That nicht die erste, sondern nur das großartige Schlüsseldelict in einer Kette von Verbrechen bilde, wie allgemein gemeinhin wurde, tritt auch immer deutlicher zu Tage. Keith's Raubbahn ist ein ganzer Roman amerikanischer Lebens, denn wenn auch sein Held englischer Unterthan, so war er doch ein Geschöpf des Bürgerkrieges, aus dessen verfluchtem Boden seine Idiosynkrasie ihre eigentliche Nahrung zog. Obrikt Kane ein geachteter Bürger von Baltimore dessen Glaubwürdigkeit anzuzweifeln kein Grund vorliegt, hat jedoch eine Erinnerung an den von ihm persönlich gekannten Alexander Keith der Deffentlichkeit gegeben, die in Verbindung mit anderen Forschungen ganz neue Schlaglichter auf jene problematische Natur wirft. Scheint es doch, als schaffe die Natur einmal in einem Jahrhundert ein vernunftbegabtes Wesen, auf das sie eine ganze Pandora'sche Kiste voll Laster und Schwächen ausschüttet. Man hat auch für diesen Verbrecher aller Verbrecher die Wahnsinnstheorie aufgestellt — aber teuflich klare Methode war in diesem Wahnsinn! Doch lassen wir Kol. Kane selbst sprechen:

„Ich war während des Krieges in Halifax und traf dort unter den Abenteurern und Flüchtlingen den „Roten“ Keith. Er machte gerade Anstalten für Schiffsladungen nach dem Süden und hatte zu diesem Zwecke einen Kontrakt mit einem gewissen Martin aus Montreal, früher aus Baltimore, geschlossen, welcher der konföderirten Armee Waffen und Vorräthe beschaffen sollte. Beide beluden zwei Schiffe und Martin ließ sich von Keith überreden, in eigener Person die kostbare Ladung nach ihrer Bestimmung zu führen. Er ging an Bord, was englische Offiziere später bezeugten, die Schiffe stachen in See und — wurden nie wieder gesehen. Keith erhob darauf die Versicherungssumme von 100,000 Dollars.“ — Martin war übrigens ein Freund des Mörders des Präsidenten Lincoln, Wilkes Booth gewesen, und hatte kurz vor der Mordthat in einem an Kane gerichteten Briefe von Booth's Aufenthalt in seiner Familie gesprochen. Die in den Regierungsarchiven aufbewahrten Prozeßakten enthalten denn auch all die Namen dieser fragwürdigen Gestalten, Booth, Martin, Keith, und des würdigen vierten Gliedes des vierblättrigen Kleeblattes Blackburn. Martin, zuerst Brantweinverkäufer in Baltimore, ein Mann von leicht erregbarem Temperament, hatte sich zu Beginn des Krieges sofort auf die Seite des Südens gestellt, befehligte ein Kaperschiff, wurde gefangen und entfloh nach Kanada. Bei seinen Schiffs-Operationen auf dem Erie-See machte er die Bekanntschaft hervorragender Konföderirter, u. A. John Wilkes Booth. Dieser hielt sich 1864 vielfach in Martin's Hause auf, wie auch ein Zeuge seiner Zeit vor dem Kriegsgericht beschwor und begab sich dann, mit einem Empfehlungsbriefe von Martin ausgerüstet, nach Maryland. Aber auch Keith alias Thomassen wählte den Kriegsschauplatz als Szene für seine Thaten. Blackburn, welcher den biblischen Plan ausgebreitet, das gelbe Fieber zum Verbündeten des Südens zu machen und diesen grausen Feind der Unionsarmee auf den Hals zu schicken, engagierte als Werkzeug dafür einen armen Teufel Namens Hyams und empfahl ihn an Keith in Halifax. Bei diesem blieb er 3 Wochen, bis Blackburn vor Vermuthungen anlangte. Und nun wurden hier die mit Blättern und gelbem Fieber inficirten, für Lincoln's Hauptquartier bestimmten Arzmittel in Kisten verpackt und Hyams nebst Kisten von den Verschworenen abgehandelt. — Keith's Verbindungen mit dem Süden und seine geheimen Machinationen, welche immer auf Zerstörung abgesehen schienen, dürften ihn auch mit dem „horologischen Torpedo“, dessen Ursprung hier sich auf südlichen Erfindungsgeist zurückdatirt, früh bekannt gemacht haben. Ein an den Präsidenten Jefferson Davis gesandter und aufgefangener Brief, der sich jetzt auch in den Geheimarchiven von Washington befindet, enthält folgende Beschreibung dieser Höllemaschine:

Das combustible Material besteht aus mehreren Präparaten, und kann gebraucht werden, ohne daß es Brauchenden der Gefahr des Entdecktwerdens aussetzt. Professor Mc. Gullough (ein noch in Baltimore lebender Chemiker) ist im Besitz desselben. Damit können wir jedes Schiff, das aus einem ausländischen Hafen nach den Vereinigten Staaten segelt, jeden Transport Armeevorräthe, der von Newyork oder anderen nördlichen Häfen ausgeht und jeden Transport und jedes Kanonenboot auf den Mississippi verbrennen. Dies kann sehr leicht durch Agenten bewerkstelligt werden, ja am Besten durch „unschuldige“ Agenten, d. h. solche, die nichts darüber wissen.

Damit hängt jener offizielle Bericht eines gewissen Maxwell, des ursprünglichen Dynamitteufels, zusammen, welches Schriftstück sich auch in den Händen der Regierung befindet.

Ich verließ Richmond am 26. Juli (1864), um auf dem James River mit dem horologischen Torpedo (Uhrwerk, wie es Thomassen hatte konstruiren lassen) gegen die feindlichen Schiffe zu operiren. Wir hörten, daß reichliche Vorräthe bei City Point gelandet wurden und ich beschloß, heimlich meine Maschine auf diese Schiffe zu bringen. Am 9. August langten wir an und ich allein näherte mich vorsichtig den Docks mit der Maschine, welche nebst dem Pulver in einem kleinen Kasten verborgen war, in der Hand. Der Kapitän war nicht an Bord, und indem ich der Hafenwache vorspiegelte, daß er mich beauftragt, diesen Kasten an Bord zu tragen, gelangte die ungefähr 12 Pfund Pulver enthaltende Maschine, die ich in Bewegung gesetzt, aufs Schiff. Ich zog mich mit meinen Gefährten in einige Entfernung zurück, um das Resultat unserer Bemühungen abzuwarten. Nach Verlauf einer Stunde erfolgte eine fürchterliche Explosion, 58 Tode, 126 Verwundete bedeckten die Schreckensscene, die Schiffe, Vorrathshäuser waren vollständig zerstört, der finanzielle Schaden des Feindes belief sich auf 4 Mill. Dollar.“ Und dann folgt eine heuchlerische, bedauernsvolle Schlusswendung mit der Moral: Sollte dieser Edle nicht der Lehrmeister des so gelehrigen Schülers Keith oder Thomassen, der Prophet der Dynamit-Apostelthar gewesen sein? Und wie nahe liegt der Gedanke, daß Keith schon im nächsten Jahre durch spurlose Vertilgung seines Compagnon Martin sein Probestück für Aufnahme in die neue Verbrüderung abgelegt!

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 7. April. Aus Hoffreien erhält man die Nachricht, daß die Ankunft des Kaisers von Rußland in Berlin am 9. Mai mit Sicherheit erwartet wird. — Aus den Aeußerungen des Fürsten Bismarck bei Gelegenheit der Debatte über die Einverleibung Rauenburgs ist zu Unrecht gefolgert worden, daß er aus Gesundheitsrückgründen verhindert sein würde, den weiteren parlamentarischen Verhandlungen auch unmittelbar nach Ostern noch beizuwohnen. Zunächst ist als Thatsache zu erwähnen, daß das Befinden des leitenden Staatsmannes augenblicklich günstig ist und daher der Hoffnung Boden giebt, daß er auch nach den Ferien in der Lage sein wird, sich bei geeigneter Veranlassung an den parlamentarischen Verhandlungen zu betheiligen. Er hat jedenfalls den Wunsch, das zu thun, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß er namentlich an den Verhandlungen über die Eisenbahnvorlage theilnehmen wird. Seine Worte gingen nur dahin, daß es nicht gewiß sei, ob ihm seine Gesundheit auch drei Wochen später eine Betheiligung an den Debatten gestatten werde.

— Der „Reichsanz.“ schreibt: „Die Genesung Sr. Majestät des Kaisers und Königs von dem Erkältungszustande macht befriedigende Fortschritte; dessen ungeachtet haben Allerhöchstdieselben die beabsichtigte Reise nach Karlsruhe und Baden auf Rath des Arztes nunmehr aufgeben müssen.“

— Die Kanalisations-Angelegenheiten werden gegenwärtig beim Magistrat von dem Bürgermeister Dunder, dem Stadtbaurath Rosspat, dem Stadtbaurath Marggraff und soweit die Kassen- und Anleihe-Angelegenheiten in Frage kommen, vom dem Rämmerer Stadtrath Runge bearbeitet. Die Bau-Kommission für die Kanalisation besteht aus den drei erstgenannten Magistrats-Mitgliedern, den Stadtverordneten Prof. Dr. Birchow, Meyer, Dr. Ströck, Gerth, Salge und Berlin und dem Chef-Ingenieur Baurath Hübner. Als ausführende Abtheilung = Baumeister fungiren für die einzelnen Radial-Systeme fünf königliche Baumeister, nämlich für System I. Herr Siemonson, II. Herr Hohmann, III. Herr von Panticolle, IV. Herr von Wintermann und V. Herr Böhm. Die bei der Kanalisation vorkommenden Straßenbau-Polizeisachen bearbeitet der Bau-Inspektor Krawerau, früher in Danzig.

† Jüterburg, 3. April. Gestern hatte der preussische Städte-tag seine Verhandlungen über die neue Städteordnung fortgesetzt und beschlossen. Nach Beendigung der Berathung entschied man sich dahin, die für Berlin in Aussicht genommene Delegirtenkonferenz mit drei Abgeordneten zu beschicken, zu denen die Bürgermeister Vollmann-Thorn, Korn-Jüterburg und Koke-Osternode gewählt wurden. Als nächster Sitz des Städtetages wurde Elbing festgesetzt.

† Hannover 5. April. In der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien kam ebenfalls der Entwurf der Städteordnung zur Sprache. Stadtdirektor Rasch sprach seine Ansicht dahin aus, daß durch das neue Gesetz die wichtigsten Grundzüge der bisherigen (hannoverschen) Städteordnung beseitigt würden. Die Bürgermeister sollten zu Präsekten gemacht werden. Uebrigens glaube er nach den Erklärungen des Ministers des Innern, daß die neue Ordnung sehr bald auf Hannover werde ausgebeutet werden. Die Versammlung beschloß, zuvörderst eine kommissarische Berathung eintreten zu lassen.

† Frankfurt, 5. April. Die hiesigen Anwälte haben sich, wie das „Fr. Z.“ meldet, in einer gestern abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung einstimmig für die vollständige Freigabe der Advokatur ausgesprochen.

† Paris, 5. April. Heute Morgen wurde die egyptische Finanz-Angelegenheit zum Abschluß gebracht. Man wird eine Anleihe in Obligationen im Betrag von 250 Mill. ausgeben und für 200 Mill. Schatzscheine auf drei Jahre verlängern. Das Resultat der Unterhandlungen von heute Morgen wurde sofort telegraphisch an den Vizekönig von Egypten gemeldet, dessen Antwort man jeden Augenblick erwartet. Die neue Anleihe wird nur dazu dienen, die verfallenen Schatzscheine zu decken, die sich im Betrag von über 500 Mill. in den Händen einiger finanziellen Gesellschaften, namentlich in denen des Crédit foncier (Soubeyran) befinden. Diese Institute sind in Folge ihrer Vorschüsse an Egypten in großer Verlegenheit, und es ist Zeit für sie, daß sie diese Papiere an den Mann bringen. Die Regierung selbst drang darauf, daß der Crédit foncier die Sache ordne, da sie befürchte, daß, falls irgend welche Verwicklungen eintreten würden, eine finanzielle Katastrophe ausbrechen könnte. Diesem ist es auch zuzuschreiben, daß man die ganze Angelegenheit als eine nationale darstellte, bei der es sich darum handle, England in Egypten den Vorrang streitig zu machen. Dies wirkte übrigens auch bei Gambetta, welcher Mine gemacht hatte, die Minister wegen der Geschäfte des Crédit foncier, der unter ihrer Aufsicht steht, zu interpelliren. Gambetta, der den chauvinistischen Ideen sehr zugänglich ist, gab nicht allein seine Zustimmung, seine Interpellation zu stellen, sondern erklärte sich sogar bereit, sein Blatt zur Vertheidigung eines Planes herzugeben, der Frankreich seinen Einfluß in Egypten zurückgebe. Dies erklärte, weshalb die „Republique Française“ auf ihrer ersten Seite einen Artikel der „Tablettes d'un Spectateur“ nachdruckt, worin die egyptische Angelegenheit als ein Sieg der französischen Politik dargestellt wird. Die neue Anleihe soll beim Comptoir d'escompte gezeichnet werden. Dort wurden auch die famosen mexicanischen Anleihen aufgelegt. (R. Z.)

† London, 5. April. Von der Baarschaft des „Schiller“ wurden kürzlich weitere 10,000 Pfd. St. aufgefunden. Als das Geld von den Scilly-Inseln nach Penzance verbracht wurde, belegten die Zollbehörden im Auftrage des Admiraltätsgerichts dasselbe mit Beschlagnahme.

Manchester 7. April. 12r Water Armitage 7½, 12r Water
Tabler 8, 20r Water Micholls 9½, 30r Water Bidlow 10½,
30r Water Clayton 11¼, 40r Mule Mayall 10½, 40r Medio Wil-
kinson 12½, 36r Warpcops Qualität Rowland 11¼, 40r Double
Weston 12¼, 10r Double Weston 15½, Printers ¹⁰/₁₆ ³¹/₅₀ 8½ pfd.
111. Markt ruhig.

Verlag von W. Deder u. Comp. (E. Möke) in Posen.